

Geplantes Bordell kommt nun doch nicht

Zahlreiche Aktionen von hiesigen Initiativen gegen die Pläne in Harderberg

Seit Monaten bewegte der im Stadtteil Harderberg geplante Bordell-Betrieb viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt Georgsmarienhütte. Im Industriegebiet Osterheide-Ost war geplant, an Prostituierte Zimmer mit einem Sanitärbereich zu vermieten, um ihrem Gewerbe nachzugehen. Obwohl sich alle Fraktionen des Georgsmarienhütter Stadtrates dagegen ausgesprochen hatten, war davon auszugehen, dass der Landkreis Osnabrück nach Klärung baurechtlicher Anforderungen einem Antrag zugestimmt hätte, da es keine formalen Hinderungsgründe für eine Ablehnung gab. Einrichtungen dieser Art gelten als Gewerbe und haben somit einen Anspruch auf Genehmigung, wenn sie sich in Gewerbegebieten ansiedeln, vorausgesetzt, dass die dort Tätigen nicht in diesen Räumen auch wohnen. Denn so eine Einrichtung fällt formal nicht unter die Rubrik „ausnahmsweise zulässige Vergnügungsstätten“. Im Rahmen der ausgelösten Diskussion hatten Die Grünen aus Georgsmarienhütte eine Resolution gegen die Bordellpläne beschlossen und sich am 5. November einer Demonstration auf dem Wochenmarkt angeschlossen. Diese wurde von den „Omas gegen rechts“ aus Georgsmarienhütte gemeinsam mit dem Verein „Solwodi-Sisters e.V.“ aus Osnabrück initiiert. Auch Vertreter aller Parteien des Rates sowie die Katholische Arbeiterbewegung (KAB) und die Katholische Frauenbewegung (KFD) nahmen an der Demo teil und äußerten ihren Unmut. Sprecher der beteiligten Gruppen machten in ihren Redebeiträgen deutlich, in welcher Notlage sich die betroffenen Frauen befinden. Die Persönlichkeitsrechte der Prostituierten, die oft aus Not und meistens gegen ihren Willen ihrer Arbeit nachgehen müssten, würden vorsätzlich und in einem menschenverachtenden Maße verletzt. Außerdem seien sie einer immensen physischen und psychischen Dauerbelastung ausgesetzt, die in vielen Fällen zu Angstanfällen und Panikattacken bis hin zu Selbstmordgedanken bei den Betroffenen führen. Um für sie diese prekäre Situation künftig zu verbessern, sei es notwendig, dass Deutschland dem Vorbild der skandinavischen Länder folge, und das Anbieten von Geschlechtsverkehr verbiete, denn zurzeit sei Deutschland immer noch das einzige Land der Welt, das Prostitution als Gewerbe anerkennt, hieß es vonseiten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Im Rahmen dieser Aktion konnten 108 Unterschriften gegen das Bordell gesammelt werden. Die Initiative „Oma gegen rechts“ übergab die Unterschriftenliste am 8. November im Rathaus an Bürgermeisterin Dagmar Bahlo und erläuterte noch einmal ihre Bedenken gegen die Einrichtung eines Bor-



Über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer fanden sich am Rathaus ein, um gegen das geplante Bordell in der Hüttenstadt zu protestieren.



Vertreter der Initiative „Omas gegen rechts“ überreichten eine Unterschriftenliste, in der sich die Unterzeichner gegen die Einrichtung eines Bordells aussprechen. (v.l.): Irmgard Strunk, Brigitte Schmechel, Gaby Harms mit Bürgermeisterin Dagmar Bahlo.

dells in der Hüttenstadt. Bahlo dankte der Initiative für ihr Engagement und deren Unterstützung der Ansicht des gesamten Stadtrates. Sie bedauerte aber, dass es formal keine Handhabe für die Stadt gäbe, die Einrichtung zu verhindern. Umso mehr dürften

sich alle Gegner eines Bordells in Georgsmarienhütte über die jüngste Entwicklung in dieser Angelegenheit freuen. Wie in den letzten Tagen bekannt wurde, wird es kein Bordell auf dem Harderberg geben. Laut den Eigentümern der Immobilie wurden die Pläne inzwischen komplett aufgegeben. Diese Information war den offiziellen Stellen auch bereits vor der Demonstration bekannt gewesen, so die Eigentümer, die diese Tatsache aber nicht bekannt gemacht hätten. Wie aktuell aus dem Rathaus zu erfahren ist, liegen bereits neue Anfragen für eine künftige Nutzung des Gebäudes vor. Insofern sollte das Streitthema „Bordell“ auf Dauer vom Tisch sein und eine weniger diskutable Nutzung gefunden werden. Inwieweit auch die Proteste der vergangenen Monate direkt oder indirekt zu dieser für die Stadt positiven Entwicklung beigetragen haben, bleibt offen. Das ist für die Protagonisten des Protestes auch wohl unerheblich, denn für sie ist wichtig, ihr Ziel erreicht zu haben. Im Rückblick betrachtet, erscheint die ganze Geschichte allerdings ein wenig dubios. *grm*